

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementpreis (inkl. „Die Neue Welt“) durch die Post bezogen ohne Beleggeld monatlich
M. 1.20, vierteljährlich M. 3.60; durch die Kolportage wöchentlich 30 Pf. incl. des Postz.
Eingeliegene Nummer 2. Sonntagsnummern mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
Streifenabonnements monatlich M. 2.70, für das Ausland monatlich M. 3.50.

Redaktion:
Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36
Expedition:
Fehlandstraße 11, Erdgesch. 50.
Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersen in Hamburg.

Anzeigen die sechsseitige Zeile oder deren Raum 35 A. Arbeit 1. Jahr, 1.100, 2. Jahr 1.000, 3. Jahr 900, 4. Jahr 800, 5. Jahr 700, 6. Jahr 600, 7. Jahr 500, 8. Jahr 400, 9. Jahr 300, 10. Jahr 200, 11. Jahr 100, 12. Jahr 50, 13. Jahr 25, 14. Jahr 10, 15. Jahr 5, 16. Jahr 2, 17. Jahr 1, 18. Jahr 0,50, 19. Jahr 0,25, 20. Jahr 0,10, 21. Jahr 0,05, 22. Jahr 0,02, 23. Jahr 0,01, 24. Jahr 0,005, 25. Jahr 0,002, 26. Jahr 0,001, 27. Jahr 0,0005, 28. Jahr 0,0002, 29. Jahr 0,0001, 30. Jahr 0,00005, 31. Jahr 0,00002, 32. Jahr 0,00001, 33. Jahr 0,000005, 34. Jahr 0,000002, 35. Jahr 0,000001, 36. Jahr 0,0000005, 37. Jahr 0,0000002, 38. Jahr 0,0000001, 39. Jahr 0,00000005, 40. Jahr 0,00000002, 41. Jahr 0,00000001, 42. Jahr 0,000000005, 43. Jahr 0,000000002, 44. Jahr 0,000000001, 45. Jahr 0,0000000005, 46. Jahr 0,0000000002, 47. Jahr 0,0000000001, 48. Jahr 0,00000000005, 49. Jahr 0,00000000002, 50. Jahr 0,00000000001, 51. Jahr 0,000000000005, 52. Jahr 0,000000000002, 53. Jahr 0,000000000001, 54. Jahr 0,0000000000005, 55. Jahr 0,0000000000002, 56. Jahr 0,0000000000001, 57. Jahr 0,00000000000005, 58. Jahr 0,00000000000002, 59. Jahr 0,00000000000001, 60. Jahr 0,000000000000005, 61. Jahr 0,000000000000002, 62. Jahr 0,000000000000001, 63. Jahr 0,0000000000000005, 64. Jahr 0,0000000000000002, 65. Jahr 0,0000000000000001, 66. Jahr 0,00000000000000005, 67. Jahr 0,00000000000000002, 68. Jahr 0,00000000000000001, 69. Jahr 0,000000000000000005, 70. Jahr 0,000000000000000002, 71. Jahr 0,000000000000000001, 72. Jahr 0,0000000000000000005, 73. Jahr 0,0000000000000000002, 74. Jahr 0,0000000000000000001, 75. Jahr 0,00000000000000000005, 76. Jahr 0,00000000000000000002, 77. Jahr 0,00000000000000000001, 78. Jahr 0,000000000000000000005, 79. Jahr 0,000000000000000000002, 80. Jahr 0,000000000000000000001, 81. Jahr 0,0000000000000000000005, 82. Jahr 0,0000000000000000000002, 83. Jahr 0,0000000000000000000001, 84. Jahr 0,00000000000000000000005, 85. Jahr 0,00000000000000000000002, 86. Jahr 0,00000000000000000000001, 87. Jahr 0,000000000000000000000005, 88. Jahr 0,000000000000000000000002, 89. Jahr 0,000000000000000000000001, 90. Jahr 0,0000000000000000000000005, 91. Jahr 0,0000000000000000000000002, 92. Jahr 0,0000000000000000000000001, 93. Jahr 0,00000000000000000000000005, 94. Jahr 0,00000000000000000000000002, 95. Jahr 0,00000000000000000000000001, 96. Jahr 0,000000000000000000000000005, 97. Jahr 0,000000000000000000000000002, 98. Jahr 0,000000000000000000000000001, 99. Jahr 0,0000000000000000000000000005, 100. Jahr 0,0000000000000000000000000002.

Filialen: St. Pauli bei Heinrich Rosen, Söptienstr. 44. Gimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreier, Fruchthalter 42, Gimsbüttel. Hohenfelde, Eppendorf, Groß-Verfelde und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmannweg 51, Eppendorf. Barnbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petersen, Bachstr. 12, Barnbeck. Hohenfelde, Vorfelde, Hamm, Horn, Schiffel und Althorster bei Carl Oetel, Baustr. 26, Vorfelde. Hammerbrook, Notenburgsort und Vödel bei Rud. Fuhrmann, Schwanenstraße 33, Hammerbrook. Gilsed, Wandsbek, Gimsbüttel und Dr. Barnbeck bei Franz Krüger, Künze Reihe 34, Wandsbek. Altona bei Friedr. Lubwig, Bürgerstr. 118. Ottenhof, Vahrenfeld bei Joh. Seine, Vahrenfelderstr. 129, Ottenhof.

Parteigenossen des preußischen Gebietes!

Auf zu den Demonstrations-Versammlungen gegen das preußische Junkerparlament! Für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum preußischen Landtag.

Die Parteileitungen der preußischen Organisationen.

Hierzu fünf Beilagen und das illustrierte Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt.“

Veränderungen in der Weltlage.

In der alten und neuen Welt bereiten sich langsam große Veränderungen von unabsehbarer Tragweite vor. In Westeuropa und Nordamerika ist eine Krise auf dem Geld- und Warenmarkt hereingebrochen, welche andeutet, daß noch weitere tiefgehende Erschütterungen folgen werden. Diese Krisen beweisen, daß der moderne Kapitalismus mit seinen sich selbst überwälzenden Ungeheuerlichkeiten seine eigenen Grundlagen untergräbt und auf dieser aufgebaute gesellschaftliche Ordnung unsicher macht. Unter der Herrschaft der unerbittlichen Gesetze des kapitalistischen Produktionsprozesses können die Expropriatoren keinen Augenblick mit ihrer Zerstörungsarbeit innehalten, bis auch ihre Stunde schlägt, bis die „kapitalistische Hölle“ der Gesellschaft springt. Wir sind bereits in die Epoche der Auflösung der alten Formen eingetreten, die um so rascher vor sich gehen wird, je öfter sich die ökonomischen Krisen wiederholen.

Dieser Auflösungsprozess wird beschleunigt durch die Neugestaltung im fernsten Osten, die heute mehr als je auf unsere Zustände einwirken und die uns so recht erkennen lassen, daß der Weltverkehr ein die Welt revolutionierendes Element ist. Die Nachwirkungen des russisch-japanischen Krieges sind noch lange nicht zu Ende. In Ostasien ist eine neue Macht geschaffen worden, die nun die gewaltigen Reiche dort für sich selbst reklamiert. Rußlands Diplomatie, deren Hauptziel vornehmlich die Eroberung Konstantinopels war, glaubte einen Hauptkonkurrenten zu haben, indem sie im Haag die Friedensschlüsse blies und, während die herrschenden Klassen Europas andächtig derselben lauschten, sich an die Ostasien in Besitz zu nehmen. Nachdem die russische Diplomatie den Chinafeldzug veranlaßt, nahm sie mit unerhörter Frechheit die Mandchurie weg, während sie den anderen Mächten drohend befahl, China intakt zu lassen. Diese Frechheit sollte aber die verdiente Züchtung erfahren; denn nun sahen sich die Japaner bedroht und schlugen los. Die russischen Heere wurden überwunden, die russischen Flotten vernichtet. Das Jarentum wird Ostasien nicht beherrschen und wird sobald auch Konstantinopel nicht nehmen. Dafür ist gesorgt. Und die russische Revolution ist auch nicht tot.

Aber wer geglaubt hat, daß mit der Niederlage des russischen Störenfriedes nunmehr ein dauernder Friede in der Kulturwelt eintreten werde, der sieht sich schwer enttäuscht. Man sieht nun deutlich genug, wie die herrschenden Klassen aller Länder die gleiche Schuld daran tragen, daß der Friede nicht befähigt werden kann. Eine solche Rändergier und ein solches Wettstreiten, wie in dieser kapitalistischen Epoche sind noch nie dagewesen. Kaum sind die marrokanischen Streitigkeiten unter den Mächten notdürftig beigelegt, so tanzt mit einem Male der große Interessengegensatz zwischen Japan und der nordamerikanischen Union auf. Die Streitigkeiten wegen der japanischen Einwanderung waren nur das Symptom eines größeren und tiefer liegenden Konfliktes. Erst ließ sich alles von den kriegerischen Leistungen des neuen japanischen Militarismus blenden; nunmehr zeigt sich derselbe von der bedenklichsten Seite. Der Ehrgeiz und die Begierde nach Macht und Reichthümern ist bei den herrschenden Klassen Japans durch die Siege der Armee und der Flotte ins Unbegrenzte gestiegen. Sie wollen sich nicht damit begnügen, die durch den Krieg für sie so günstig geordnete Situation in der ostasiatischen Küstenländer wirtschaftlich auszunutzen; sie glauben auch berufen zu sein, die Herren des Stillen Ozeans zu spielen. Das wollen sich nun die Pantees nicht gefallen lassen, welche seit ihrem Siege über die Spanier ihrerseits glauben, zu Herren des Stillen Ozeans bestimmt zu sein. Die Pantees haben längst darauf verzichtet, Träger einer prinzipiell friedlichen Politik zu sein, wie sie sich früher so oft gerühmt haben; sie sind, man sage was man wolle, von Duse des „Imperialismus“ gepackt worden und sie werden mit den Japanern um den Stillen Ozean kämpfen. Beide Teile geben die schönsten Friedensversicherungen zum besten und bereiten sich doch unabweisbar auf einen Kampf vor, der die alte und die neue Welt bis in ihre Tiefen erschüttern wird.

Dazu kommen die Veränderungen in China. Dort ist im Volke der Haß gegen die „weißen Teufel“ nur vermehrt worden durch den Feldzug der Mächte gegen Peking. Die Chinesen haben sich von den Europäern lange Zeit auch gar zuviel gefallen lassen müssen. Die Siege der Japaner haben in China den Drang erweckt, sich von den Fremden unabhängig zu machen, und dies wird mit Unterstützung Japans geschehen. Das Zusammengehen von China und Japan ergibt sich aus den Umständen von selbst. Die chinesische Regierung hat den Moment ergriffen, um innerhalb der erstarrten Formen des alten „Reiches der Mitte“ langsam und vorsichtig mit Neuerungen in modernem Sinne vorzugehen. China wird, während seine billigen Arbeitskräfte die Arbeits-

märkte der Welt zu überflutenden drohen, in Ostasien wieder eine Großmacht werden.

Damit ist auch über den famosen „Platz an der Sonne“, über Ostasien, das Urteil gesprochen. Nachdem dies „Dreieck“ mit Erlaubnis Rußlands „gepackt“ worden, ist jetzt jede Aussicht auf Erwerbung eines „Hinterlandes“ abgeschnitten, weil Japan und China dies nicht zugeben werden. Man konnte über diesen „großartigen“ Erfolg unserer Diplomatie sich halb tollfroh, wenn dieser „Platz an der Sonne“ uns nicht schon so viele, viele Millionen gekostet hätte und noch weiter kosten würde.

Dazu kommt noch weiter das „Erwachen Indiens“, das eben wieder eine Hungersnot durchmacht und in dem die auf Vorsehung von England gerichteten Bestrebungen denn doch nicht mehr unterdrückt werden können.

Daß die Völker in Ostasien sich von Europa unabhängig machen wollen, liegt in der Natur der Sache und es lassen sich keine Vernunftgründe dagegen, wohl aber sehr viele dafür geltend machen. Der russisch-japanische Krieg hat die ganze Situation total verändert.

Es gäbe an sich keine vorteilhaftere Politik, als den ostasiatischen Völkern die Ordnung ihrer Angelegenheiten selbst zu überlassen. Aber darauf werden die herrschenden Klassen der interessierten anderen Länder nicht eingehen wollen. Sie haben sich daran gewöhnt, dort in Ostasien auszubeuten und Gewinne einzuharsten, und ehe sie dies aufgeben, wird es zu blutigen Konflikten kommen.

Darum ist auf uns die für uns alte Wahrheit zu erkennen, daß die Klassenherrschaft es ist, aus welcher die kriegerischen Katastrophen entspringen. Dagegen helfen keine Deklamationen lauter Friedensfreunde. Nur durch Abrüstung kann den Konflikten vorgebeugt werden, die drohend näher rücken, nur im Klassenkampf kann die politische Macht für das allein friedliebende Element, für die werktätige Bevölkerung, erreicht werden, die erforderlich ist, um eine wahrhaft friedliche Politik zu ermöglichen.

Politische Uebersicht.

Vom sozialdemokratischen Preußenparlament.

Berlin, 22. November.

„Nieder mit der Dreiklassenwahlrechtsmach!“ Der mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für Preußen! Das war die Stimmung, von der am zweiten Tage der Debatte, die bisher den Mittelpunkt des preußischen Parteilebens bildete, getragen war. Nach den vorläufigen Merkmalen der Genossen Adler und Dr. Kraus über das Dreiklassenparlament, die Wahlrechtsfrage und die Landtagswahl 1908, setzte eine Diskussion großen Stiles ein, in der tief hinein-geleuchtet wurde in den preußischen Sumpf. Die Machtbefugnisse des preußischen Landtages werden nach diesem von einem Teil der Genossen unterschätzt, und mit dieser Unterschätzung heraus ist die Meinung entstanden, man dürfe sich an den preußischen Landtagswahlen nicht beteiligen, zumal keine Aussicht auf Erfolg vorhanden sei. 1897, auf dem Parteitag zu Hamburg, schlug die Stimmung um, weil inzwischen das preußische Abgeordnetenhaus in recht unangenehmer Weise zu verfallen gegeben hatte, welche Machtbefugnisse es besitzt. Mit nur vier Stimmen Mehrheit wurde damals die Vereinigungsnote, das „keine Sozialistengesetz“, abgelehnt. Erst von dieser Zeit an dehnt sich der Umschwung der Ansichten. Hat der erste Sturm auf die „Antikerse“ auch noch keinen politischen Erfolg in der Hinsicht gebracht, daß wir parlamentarisch vertreten sind, so ist der große moralische und agitatorische Erfolg von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Wenn jetzt, was als Erfolg der „Wahlpolitik“ bezeichnet wird, ein anderer Wahlrecht ausgestellt werden soll, so ist dies dem Erscheinen des preußischen Proletariats auf diesem Teil des politischen Kampfbühnen zu danken.

In der Debatte wurden, je nach Temperament, die unterschiedlichen Vorschläge gemacht, auf welchem Wege das gestellte Ziel erreicht werden könne. Trotz aller Erfahrungen mit den freimüthigen Konfessionskämpfen, die abgelehnt von den meisten wirklichen Freimüthigen, von vornherein aus „Prinzip“ ihr Prinzip zu opfern bereit sind, indem sie sich hinsichtlich des Wahlrechts mit einer „Demokratisierung“ des Wahlrechts begnügen wollen, gibt es immer noch Genossen, die an das gute Herz und die Bündnisfähigkeit des Liberalismus glauben. Während ein schließlicher Genosse einen „Wittgang zu Wilton“ in Vorschlag brachte, um diesem die diplomatische Junge zu lösen, brachten andere Genossen andere, zugkräftigere Mittel in Vorschlag, wie Genosse Welsch, der eventuell den Generalkrieg und die Steuererhöhung in Aussicht stellte.

Liberaler Väter behandelten in den letzten Tagen die „Wahlrechtsfrage“ der preußischen Sozialdemokratie“, von der sie behaupten, sie trete erst jetzt auf den Plan, um gegen das bestehende preußische Wahlrecht zu demonstrieren. Unser bester Vorredner ließ sich einmal in Bezug auf den preußischen Landtag sagen: „Doch ihn verkaufen!“ Aber Nichts hat auch erklärt, er wolle, wenn es sein müsse, alle 24 Stunden seine Politik ändern, das tut ein guter Strateg, und auch unser Nichts hat sich jetzt sicher in den ersten Reihen den Sturm gegen die Klassenwahlrechtsmach mitmachen.

Also nur in der Frage: „Wie soll der Kampf geführt werden?“ gehen die Meinungen auseinander. In den breiten, entrockneten Schichten des wertvollen Volkes liegen die starken Wurzeln unserer Kraft, schaffen wir einen „Wahl“ dieser Rechte, sagte ein Redner. Die öffentliche Stimmabgabe findet in den kleinen und kleinen Orten die Wähler zurück, hörte man andere sagen. Aus dem Gefühl der eigenen Schwäche im Wahlrecht, die immer Reformismus auslöst, ist der Antrag des Wahlrechts Gilschheim entstanden, der verlangt, daß überall dort, wo die Umstände es erfordern, unter gewissen Randten

in Kompromiß schon bei den Wahlen der Wahlmänner mit uns am nächsten stehenden Parteien eingegangen werden darf. Dieser Antrag wurde lebhaft bekämpft und unter Hinweis auf die preußische Wahlstatistik von 1903 erklärt, daß in diesen preußischen Wahlkreisen, wo die Sozialdemokratie dominiert, die öffentliche Stimmabgabe nicht von den Arbeitern, sondern von einem großen Teile der Bourgeoisie, aus geschäftlichen Gründen, geschieht wird. Einige Redner, darunter auch ein Genosse aus Schleswig-Holstein, forderten auf, die Macht der Konsumanten in die Wahlkreise zu versetzen, um so die brutale Wirkung des Wahlrechts zu paralysieren. Ethische Bedenken gebe es hierin nicht. Auf die Absichten der Gegner und deren Regierungsverhalten belichte Brutalisierungstakt gegen „unbequeme“ Wähler müsse mit gleichen Mitteln geantwortet werden. Wenden, wie in Wandsbek, alle Mittel geschäft ausgenutzt, dann werde der Erfolg nicht ausbleiben.

Die gegen die liberale Wahlrechtsfrage angelegten Töne werden den „Freimüthigen“ vom Schlege der Fische, Fisch und Wiener wohl unangenehm in den Ohren klingen; aber sie mußten angesprochen werden, um diesen „Wahlrechtskämpfern“ ein für allemal die Illusion zu zerstreuen: „Unterliegen müssen die Sozialdemokraten uns doch.“ Nur wo wirklich bindungsfähige Liberale in Frage kommen, kann von einer Unterfütterung derselben die Rede sein.

Der große Tag endigte in würdiger Weise mit der einstimmigen Annahme der Resolution Adler-Kraus und den dazu geschickten Agendements, betr. die Zwangsmaßnahmen der Regierung gegen die fremdpolitischen preußischen Staatsbürger in der Grenzbesetzung. Einig in der Taktik marschiert die preußische Sozialdemokratie in den Wahlrechtskampf.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 22. November.

Bei sehr guter Besetzung wurde heute die erste Sitzung nach den langen Ferien ohne alle Formalitäten und Zeremonien eröffnet. Auf der Tagesordnung stand eine große Anzahl Verträge der Petitionskommission, darunter mehrere Petitionen sozialpolitischer Charakter. Dazu gehörte schon die erste, von mehreren Ortsgruppen des „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes“ eingebracht, die eine Fortführung der durch Kaiserliche Verordnung vom 17. November 1881 verordneten Sozialreform forderte. Genosse Wolfenbutter beantragte die günstige Gelegenheit, den Nachweis zu führen, daß der sozialpolitische Teil der sogenannten kaiserlichen Sozialpolitik nichts anderes ist, als ein verwerflicher Abbruch des von dem Sozialdemokraten Dr. von Schönerer schon im Jahre 1867 eingebrachten Arbeiterausbeutungsgesetzes, weil überhaupt die ganze Sozialpolitik und Sozialreform der Regierung nur absichtlich die Interessen der Arbeiter auszunutzen ist. Alles, was jetzt die „deutschnationalen Handlungsgehilfen“ als eine Fortführung der Sozialreform betrachten und mehr noch, sei sowohl in den schädlichen als in den nützlichen Jahren des vorigen Jahrhunderts in sozialdemokratischen Petitionen enthalten. In ausführlicher Weise beleuchtete Redner die politische Tätigkeit der Sozialdemokraten im Reichstage und das negative Verhalten der Mehrheitsparteien in der Regierung zu den sozialpolitischen Vorschlägen der Sozialdemokraten, die von dem gegenwärtigen Reichstag sogar als „phantastisch“ und „verloren“ bezeichnet worden seien, was aber die Vertreter der Sozialdemokratie nicht abgab, fortgesetzt zwischen diesen „phantastischen“ und „verlorenen“ Vorschlägen herumschweben und sein abgelehnt dem hohen Hause und der kaiserlichen Öffentlichkeit als ganz neue Originalarbeiten des Reichstages auszugeben und damit zu prunken.

Der auffallendste Vorschlag der „deutschnationalen“, Herr Schönerer, besteht darin, daß die Arbeiter Sozialpolitik durch die Sozialdemokraten abgelehnt werden. Herr Schönerer erklärte, er wolle sich des halben, die tragende Rolle durch byzantinische Weirandlungen, die er den erhabenen Dokumenten monarchischer Sozialpolitik“ miederte, nach den Bedingungen hin zu verwickeln. Diesen Zweck entsprechend mußte er notwendigerweise, wie Wolfenbutter hinterher sehr richtig bemerkte, so tun, als ob er an das idiotische Gerücht von der Unmöglichkeit der Sozialdemokratie glaube, denn sonst bringe er sich und seine Vorgesetzten, namentlich die antiken, in arge Verlegenheit, da sie alsdann im Lande draußen, in Versammlungen in der Diskussion mit Sozialdemokraten, von diesem biblischen Vorgehen keinen Gebrauch mehr machen könnten. Vom Schlusse seiner dem Antikenheim Schönerer Abfuhr feingekleidete Wolfenbutter ließ so oft in den Himmel gebende kaiserliche Sozialpolitik als das, was sie in Wirklichkeit damals darstellte, nämlich als Vorwand für neue, namentlich die Schichten der Arbeiter schwer bedrückende Steuern.

Bei einer zweiten Petition aus Handlungsgeschäftsbereichen, betreffend Einrichtung von Handelsinspektoren, geriet unser Genosse Schönerer in eine sehr unangenehme Lage. Legterer hatte den Sozialdemokraten zum Vorwurf gemacht, daß sie immerzu das Gesetz über die Kaufmannsgerichte abgelehnt haben, worauf ihn doch nachweislich, daß Schönerer und seine Vorgesetzten durch Annahme des von den Handlungsgeschäftsbereichen als unzulänglich bezeichneten Gesetzes das Zustandekommen eines besseren verhindert haben.

Eine kurze, aber sehr beachtende Debatte entspann sich über eine Petition, betreffend Änderung des Invalidenversicherungsgesetzes zwischen unseren Genossen Schönerer und Wolfenbutter einerseits und den Zentrumsmitgliedern Erzberger und Giesberts andererseits. Von der Petitionskommission wurde nämlich beantragt, die Petition als Material zur (künftigen) Gelegenheit zu überweisen, wogegen Schönerer beantragte, sie zur besonderen Berücksichtigung zu empfehlen, worin er schwerwiegende Gründe vorbrachte. Die Begründung wurde von Erzberger und Giesberts wohl anerkannt, aber trotzdem von ihnen dem Antrag Schönerer aus dem Grunde abgelehnt, daß die Finanzlage widerproben, was unsere Genossen beantragte, die Petition des Zentrum: recht die Arbeiterunabhängigkeit in Worten, aber möglichst wenig oder gar nichts in Taten, gebührend festzuhalten. Die Konfessionsparteien und das Zentrum mit Unterstützung einiger Nationalliberalen bildeten eine Mehrheit gegen den Antrag Schönerer auf Überweisung zur Berücksichtigung, für den außer den Sozialdemokraten auch die Freimüthigen, die Polen und die Litauern (Witkisch, Bg.) stimmten.

Eine recht interessante Debatte lief ab dann eine Petition, betreffend Abänderung des § 100g der Gewerbeordnung und Aufhebung der hygienischen Bestimmungen der Konsumierung des Bieres und Freizeitsverweils, herab. Interessant insofern, als die freimüthigen Sozialdemokraten sich gegen die in der Petition zum Ausdruck gelangende Zustimmung wandten. Es war der Dr. Mugdan, auf den die rechtsseitigen Wähler der großen Sozialdemokratie, der sich in fröhlichen Tönen gegen ein mittelalterliches Junkerparlament wandte, für dessen Abänderung die freimüthigen Konfessionsparteien und Zentrumsteile mün-

eintraten. Unser Genosse Brühne machte sich über die soziale Minderwertigkeit der Innungsstruktur lustig und plaidierte für Überwindung der Innungsstruktur, da der Inhalt der Petition wahrlich nicht zu geistreichen Aktionen ansetzt. Schließlich wurde vom Zentrum und den Konfessionsparteien mit ihrem Anhang in als allerneuester Modus der erste Teil der Petition (der Vorbericht und Freizeitsverweilung das Recht auf Freizeitsverweilung über das Recht der Regierung zur Berücksichtigung überweisen.

Von der Tagesordnung abgesetzt wurde auf Antrag des Freimüthigen v. Dörfling eine Petition, betreffend Aufhebung der Gewerbeordnung und der Gewerbeordnung des Realisationsrechts an die landlichen Arbeiter, was der Antragsteller mit dem Hinweis auf den in Aussicht gestellten Gelegenheitsmarkt über das Verbot und Versammlungsrecht begründete. Der Widerpruch unserer Genossen Schönerer und Giesberts blieb unberücksichtigt. Die übrigen Petitionen wurden durch Annahme der dazu gestellten Anträge der Petitionskommission erledigt.

Interpellationen gegen den Lebensmittel- und den Kohlenmarkt.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat in ihrer letzten Sitzung beschloßen, zwei Interpellationen einzubringen, eine betr. die hohen Lebensmittelpreise, die andere, betr. die Steigerung der Kohlenpreise. Erstere lautet:

„Was beabsichtigt der Herr Reichskanzler zu tun, um den ungemein hohen Preisen der notwendigen Lebensmittel entgegenzutreten?“

Die zweite lautet:

„Welche Maßnahmen beabsichtigt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um der gemeinwirtschaftlichen Steigerung der Kohlenpreise entgegenzuwirken, die auf dem gesamten Wirtschaftsgebiet und insbesondere auf der Lebenshaltung der unterbemittelten Volksklassen schwer lastet?“

Die Lebensmittel-Interpellation werden die Genossen Scheidemann und Eichhorn, jene über die Kohlenpreissteigerung Wolfenbutter und Gue befragen.

Als Etatsredner wurden Genosse Wedel und, nachdem Genosse Singer gebeten hatte, von seiner Person für diesmal Abstand zu nehmen, Genosse David bestimmt.

An neuen Anträgen wurden von der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht:

Ein Antrag auf Schuß der Gütertransporte in Bezug auf ihre Pensionistenansprüche.

Ein Antrag auf Eingreifen gegen das zur direkten Gewohnheit ausgeartete unterirdische Beschäftigen von Kindern unter 16 Jahren.

Ein Antrag auf Aufhebung der Fahrkartensteuer.

Herr, hilf uns aus der Steuermord!

So steht die „Nationalzeitung“ den „Vater des Volks“, den redegewandigen Reichskanzler Wilton an um Hilfe gegen den neuen Steuerforstenden Reichsfinanzsekretär, der nicht die Verantwortung für eine Fortsetzung der Pumpwirtschaft tragen will, damit aber den Staat und besonders die linke Hälfte desselben zur Verzweiflung zu bringen droht. Der Reichsfinanzsekretär wird für alles drohende Unheil verantwortlich gemacht und Wilton beschwören, der von ihm selbst gestaffelte Situation zu retten. Das geschieht also:

„Bis vor wenigen Wochen noch fante sich die Lage entschieden zu Gunsten des nationalen Volks. Und gerade im Reichstag schien auch die Situation dafür außerordentlich günstig.“

Das öffnete sich ziemlich unerwartet die Tür des Reichstages und unterdessen rollte zum stillen Staunen des Zentrums ein Erbsapfel in Gestalt des Defizits von über 100 Millionen zwischen die Parteien. Und unangenehm erhebt der Defizitsekretär, der tatsächlich in seinem Amt eine merkwürdig ungeheuerliche Hand gehabt hat, die Differenzen, indem er es unterließ, gleichzeitige einen Deduktionsentwurf zu veröffentlichen. So besorgte er in Wahrheit – vielleicht unfreiwillig – die Geschäfte des Zentrums, und heute schon geben die Wogen des Streits zwischen konservativ und liberal betriebe so hoch, als wenn es nie einen Block gegeben hätte. Und das danken wir allein dem Reichsfinanzsekretär Freiherrn v. Stengel und seiner Finanzgattung. Aufgabe des Reichsfinanzsekretärs wird es jetzt sein müssen, die bewährten Fäden auseinanderzulegen und zu ordnen. Für eine Unmöglichkeit halten wir das feinsinnige, haben doch auch die Freimüthigen bereits zu verstehen gegeben, daß sie für ein vernünftiges Spirituumsmonopol unter Umständen zu haben sind.

Der Reichskanzler ist ein geschickter Redner und ein geschickter Diplomat, aber er wird alle seine Kräfte spielen lassen müssen, um die übergeordneten Elemente unter einen Hut zu bringen. In erster Linie aber wird er sich mit dem Partikularismus des preußischen Herrn Finanzministers auseinanderzusetzen und diesem klarzumachen haben, daß es kein gesunder Zustand ist, wenn Preußen im Grunde schwindet, während das Reich notleidet, daß es daher nicht die Aufgabe des preußischen Finanzministers sein kann, durch passive Resistenz der Reichspolitik Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Ist erst einmal dieser Widerstand einem sanften Druck gewichen, dann glauben wir, ist der Weg zu einer Verständigung des Volks über die Finanzreform schon zu einem großen Teile zurückgelegt. Das Vertrauen der „Nationalzeitung“ zu diesem Wilton ist geradezu rührend. Aber leider ist Wilton nicht der Berenmeister, der „die Fäden entwirren“ und so die Wogen des Reiches unter einen Hut zu bringen. Zu entwirren gibt es da nicht viel. Der Miesdall ist da und die wichtige „nationale“ Frage wird sein, Geld zu schaffen, damit Militarismus und Nationalismus ihren Hunger stillen können. Jetzt hilft kein Knüttel mehr, jetzt muß gepöbeln werden, mag es den Wogenleuten auch noch so sauer antommen.

Gegen den Sprachzwang im Vereinsleben.

In einer am Mittwoch Abend in Posen abgehaltenen, zahlreich besuchten sozialdemokratischen Protestversammlung gegen das Verbot der polnischen Sprache in Versammlungen wurde nach einem etwa zweistündigen, wiederholt mit höchstem Beifall aufgenommenen Vortrag des Redateurs Gasse von der „Gageta Wobotnica“ folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am heutigen Tage im Saale des Establishments